

Erklärung des Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz zum Weltflüchtlingstag 2024

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ So steht es in Artikel 1 Absatz 1 unseres Grundgesetzes. Und in Absatz 2 findet sich die dafür erforderliche Voraussetzung: Das Bekenntnis zu den unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

Heute, am Weltflüchtlingstag, gedenken wir einigen der zehntausenden Menschen, deren Menschenwürde in ihren Herkunftsländern weder geachtet noch geschützt wurde. Und deren Menschenrechte auf ihrer Flucht verletzt und mit tödlichen Folgen veräußert wurden. Für ein Konzept der Abschottung und Ausgrenzung, dem sich die Europäische Union - nicht weniger als der Friedensnobelpreisträger des Jahres 2012 - auf dem Weg zum Ausbau zur „Festung Europa“ verschrieben hat.

Wir gedenken

- *Alan Kurdi* aus Syrien, gestorben am 2. September 2015, dessen Tod die deutsche Öffentlichkeit so sehr erschüttert hat und auf den seitdem trotzdem zehntausende weitere tote Flüchtlinge gefolgt sind;
- *Mamadou Ba Carama* aus Guinea, der am 26. Mai 2018 nahe des Grenzzaunes in der spanischen Enklave Melilla tot aufgefunden wurde;
- *Fatma* aus Syrien, die am 29. Februar 2020 von einem griechischen Grenzbeamten bei dem Versuch erschossen wurde, bei Edirne in der Türkei den Fluss Evros zu überqueren;
- *Jaber Awwad Al Jawabra* aus Syrien, der 66 Jahre alt war, als er am 21. Dezember 2022 bei -12 Grad Außentemperatur auf der belarussischen Seite der Grenze zu Polen erfroren aufgefunden wurde, nachdem polnische Grenzbeamte ihn zurückgeschoben hatten;
- der wohl *600 Menschen* aus Pakistan, Syrien, Palästina, Ägypten und Afghanistan, deren Namen wir nicht kennen und die am 14. Juni 2023 etwa 80 Kilometer vor der griechischen Hafenstadt Pylos ertrunken sind, nachdem die griechische Küstenwache versuchte, ihr Schiff aus der griechischen Rettungszone heraus in Richtung Italien zu schleppen;
- der *10 Toten*, deren Namen und deren Herkunft wir nicht kennen und die am 17. Juni 2024 von zivilen Seenotretter*innen vor Lampedusa in einem sinkenden Holzboot aufgefunden wurden;
- der *66 Menschen*, darunter 26 Kindern, die seit dem gleichen Tag als vermisst gelten, nachdem zivile Seenotretter*innen vor der Küste Kalabriens ihr Schiffwrack gefunden haben.

Wir gedenken ihrer stellvertretend für die seit 1993 mindestens 60.000 Männer, Frauen und Kinder, die bei dem Versuch, Schutz und Sicherheit in der Europäischen Union zu finden, ums Leben

gekommen sind. Die unterschiedliche Schicksale, aber eine schreckliche Gemeinsamkeit haben: Auf ihrer Suche nach etwas Besserem als dem Tod nichts anderes gefunden zu haben als den Tod.

Sie sind gestorben, weil man im Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts - so nennt sich die Europäische Union - ihrem Sterben nicht nur tatenlos zusieht, sondern es aktiv befördert:

- Durch gewaltsame Push-Backs an den Außengrenzen und auf hoher See!
- Durch FRONTEX und nationale Küstenwachen, die im begründeten Verdacht stehen, Menschen nicht zu retten, sondern über Bord zu werfen!
- Durch Fluchtabwehrkooperation mit Diktaturen!
- Durch das Unterlaufen zivilgesellschaftlicher Seenotrettung!
- Durch Lager, Haft und Stacheldraht an den Außengrenzen der Europäischen Union.

Wir gedenken ihrer am Weltflüchtlingstag und danken zugleich all denen, die sich mit ihrem Sterbenlassen nicht abfinden wollen:

- Denjenigen, die an den dunklen Orten Europas - auf dem Mittelmeer und an den EU-Außengrenzen - gegen alle Widerstände Hilfe leisten.
- Denjenigen, die diese Menschen dabei durch Solidarität und Spenden unterstützen.
- Denjenigen, die Flüchtlingen, die trotz alledem ihren Weg nach Europa und zu uns gefunden haben, unterstützend beistehen.
- Denjenigen, die nicht damit aufhören, von politisch Verantwortlichen eine humane und menschenrechtskonforme Asylpolitik einzufordern.

2

Wir gedenken der Toten, danken denen, die sich mit ihnen nicht abfinden wollen und stellen uns gemeinsam mit ihnen und vielen anderen auch weiterhin allen Versuchen entgegen, noch mehr Festungsmauern rund um die Europäische Union zu errichten.

Gestern haben wir deshalb zusammen mit mehr als 300 Organisationen Bundeskanzler Olaf Scholz und die Ministerpräsident*innen der Länder in einem [offenen Brief](#) dazu aufgefordert, Menschen zu schützen statt den Flüchtlingsschutz in Drittstaaten auszulagern.

Im Namen des Rechts, der Menschlichkeit der Demokratie und nicht zuletzt im eigenen Interesse. Denn eine zukunftsfähige Gesellschaft braucht Vielfalt, Offenheit und ein konsequentes Einstehen für die Menschenrechte für alle.

Mainz, den 20. Juni 2024